

10/91 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Bundeskanzler Helmut Kohl:

In fünf Monaten wichtige Marksteine errichtet

Wir stehen vor der großen Aufgabe, nach der staatlichen Einheit auch die innere Einheit Deutschlands zu vollenden. Wir alle wollen, daß dieses Ziel möglichst schnell erreicht wird. Vierzig Jahre SED-Regime haben die ehemalige DDR in den Bankrott geführt.

Man könne dies nicht oft genug sagen — so Bundeskanzler Helmut Kohl in der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestags am 13. März —, weil die Legendenbildung bereits im vollen Gange sei. Wenn es nämlich nicht zur Deutschen Einheit gekommen

Den vollen Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers in der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestags finden Sie als Dokumentation im grünen Teil dieser Ausgabe.

wäre, wäre der SED-Staat wirtschaftlich genauso zusammengebrochen wie die anderen Länder in Mittel-, Ost- und Südosteuropa.

Die SPD erinnerte der Bundeskanzler in diesem Zusammenhang daran, daß es in ihren Reihen, als der Kollaps der sozialistischen Kommandowirtschaft bereits unübersehbar war, noch genügend Sprecher und Unverbesserliche gab, die an eine Zukunft des DDR-Sozialismus glaubten.

Helmut Kohl: Gut fünf Monate sind nach dem Tag der deutschen Einigung vergangen, und niemand konnte wahrhaft erwarten, daß wir die gigantischen Probleme innerhalb dieser Zeit hätten lösen können. Aber wir haben in diesen fünf Monaten wichtige Marksteine errichtet, und wir werden weiter vorankommen.

HEUTE AKTUELL

● Haushaltsdebatte

Alfred Dregger: Wir müssen Sonderaufgaben erfüllen wie kein anderer Staat der Welt. Seite 3

Friedrich Bohl: Lafontaine — der große Schwarzmalter mit den kleinen Perspektiven. Seite 10

● Beschäftigung

Norbert Blüm: Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen so rasch wie möglich ausbauen. Seite 16

● Hessen

Manfred Kanther: SPD und Grüne schon jetzt auf dem Rückzug. Seite 23

Frohe Ostern

wünschen wir allen unseren Leserinnen und Lesern. Der nächste UiD, Nr. 11/91, wird in der Woche nach den Feiertagen, am 4. April, erscheinen.

Überbetriebliche Ausbildung mit 80 Millionen gefördert

Rund 80 Millionen Mark stehen 1991 zur Förderung überbetrieblicher Ausbildungsstätten in den fünf neuen Bundesländern zur Verfügung. Damit soll die Einrichtung von etwa 50.000 fehlenden Ausbildungsplätzen unterstützt werden, erklärte der Generalsekretär des Bundesinstitutes für Berufsbildung, Hermann Schmidt. Eine breite Palette institutioneller Träger stehe für die Übernahme von 40 bis 50 Ausbildungsstätten der ehemaligen Kombinate und Kommunen zur Verfügung. Wenn der Bundesfinanzminister zustimme, müßten sie zehn Prozent der Kosten übernehmen, der Rest werde über Fördermittel finanziert.

Sechs Millionen Mark für Sanierung verstrahlter Häuser im Erzgebirge

Bundesumweltminister Klaus Töpfer hat den Startschuß für die Sanierung radioaktiv belasteter Häuser im Uranabbaugebiet des Erzgebirges gegeben. Er überreichte einen entsprechenden Bewilligungsbescheid über sechs Millionen Mark an den Bürgermeister der Stadt Schneeberg, Karl Henselin. Mit dem Geld aus Bonn sollen ca. 80 Häuser, die besonders hoch mit dem natürlichen radioaktiven Gas Radon belastet sind, saniert werden. Nach den Worten des Bundesumweltministers handelt es sich bei der jetzi-

Nachrichten aus den neuen Ländern

gen Hilfe um einen „ersten Ansatz“. Er sagte, wenn es not tut, mehr zu machen, dann werden wir mehr machen.

Mehr als eine Milliarde Mark für ostdeutsche Forschung

Die Bundesregierung wird in diesem Jahr mehr als eine Milliarde Mark in die ostdeutsche Forschung stecken. Allein 450 Millionen Mark aus dem Haushalt des Bundesfinanzministeriums stehen für die Übergangsförderung der aufgelösten Akademie der Wissenschaften der DDR zur Verfügung. Mehr als 600 Millionen Mark für die Forschungsförderung in den neuen Ländern sollen aus dem Haushalt des Bundesforschungsministeriums kommen.

Zucker Uelzen kauft Ost-Zuckerfabriken

Die Zucker-AG Uelzen-Braunschweig, Uelzen, hat ihr beabsichtigtes Engagement in den neuen Bundesländern realisiert. Zucker Uelzen habe mit der Treuhandanstalt Berlin die Verträge zum Kauf der Zuckerfabriken „Nordkristall“ Güstrow GmbH i.A., Güstrow, Salzwedel GmbH i.A., Salzwedel, und Wismar GmbH i.A., Wismar, abgeschlossen, teilte das Unternehmen mit.

420 Millionen für Denkmalschutz

Die Bundesregierung hat 420 Millionen Mark für die Denkmalpflege und den Erhalt historischer Bausubstanz in Ostdeutschland genehmigt. Wie das Bundesbauministerium bekanntgab, kommen 320 Millionen Mark aus dem bis 1994 befristeten Sonderprogramm ihres Ministeriums zum städtebaulichen Denkmalschutz. 100 Millionen Mark stammen aus dem Programm „Sicherung, Erhaltung und Restaurierung von unbeweglichen Kulturdenkmälern“ des Innenministeriums.

Rund 6.000 Dauerarbeitsplätze bei ECE

Rund eine Milliarde DM will die ECE Projektmanagement GmbH (Hamburg) in den Bau von großen, regionalen Einkaufszentren in den neuen Bundesländern investieren. Wie die zur Hamburger Otto-Versand-Gruppe gehörende Gesellschaft mitteilte, könnten rund 6.000 Dauerarbeitsplätze geschaffen werden. Die ECE (Einkaufs-Center-Einrichtung) — nach eigenen Angaben bei der Entwicklung, Realisierung und beim Management von Shopping-Zentren in Deutschland führend — will lokale Firmen an den Bauvorhaben und am laufenden Betrieb beteiligen. Entscheidende Voraussetzung für die Realisierung ist nach Angaben der ECE-Geschäftsführung eine zügige und grundlegende Klärung der Grundstücks- und Eigentumsfragen in den Kommunen der neuen Bundesländer.

Alfred Dregger:

Wir müssen Sonderaufgaben erfüllen wie kein anderer Staat der Welt

Es hat in den letzten Wochen viel Kritik gegeben. Sie war allerdings nur selten konstruktiv, häufig oberflächlich, manchmal heuchlerisch und vor allem in keiner Weise den großen Aufgaben angemessen, vor denen wir jetzt alle stehen.

Zunächst: Der soeben wiedervereinigte deutsche Staat hat nicht nur normale staatliche Aufgaben zu erfüllen. Hinzu kommen Sonderaufgaben in einer Dichte und Dramatik, wie sie zur Zeit keinem anderen Staat der Erde gestellt sind.

Ich möchte diese Sonderaufgaben aufzählen.

Erstens: Aus der vor weniger als einem halben Jahr wiederhergestellten staatlichen Einheit muß nun wirtschaftliche und soziale Wirklichkeit werden. Das ist nach 45 Jahren kommunistischer Unterdrückung und Mißwirtschaft eine gigantische Aufgabe, meine Damen und Herren, eine Aufgabe, für die es in der Geschichte kein Beispiel gibt.

Wer diese Wirklichkeit übersieht, verliert die Fähigkeit, diese Wirklichkeit zu verändern und grundlegend zu verbessern.

Zweite Sonderaufgabe: Wir haben den Staaten Ostmitteleuropas beizustehen. Nach der Auflösung des RGW-Systems und des Warschauer Paktes wenden sich Ungarn, die Tschechoslowakei und Polen vor allem uns zu. Der polnische Ministerpräsident hat vor seiner

Reise nach Bonn gesagt: „Der Weg Polens nach Europa führt über Deutschland.“ — Es liegt auch in unserem deutschen Interesse, daß diese Länder mit uns und durch uns Halt für ihre wirtschaftliche Entwicklung und ihre Sicherheit in Europa finden. Würden sie das nicht, würden sie Notstandsgebiet bleiben.

Dann wäre die Massenauswanderung von dorthier zu uns die unvermeidliche Folge.

Dritte Sonderaufgabe: Wir müssen die politischen Anstrengungen in der Sowjetunion unterstützen, zu einer besseren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung zu finden. Uns

Rede des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, in der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages am 13. März 1991

Deutschen geht es dabei vor allem um eine tragfähige Grundlage für gute Beziehungen zwischen dem deutschen Volk und den Völkern der Sowjetunion. Wir Deutsche sind heute Verbündeter des Westens und zugleich wichtiger Partner des Ostens; beides wollen wir bleiben. Diese Konstellation, ein Ergebnis der Außenpolitik von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl, ist für unser Land in der

Mitte Europas eine Traumkonstellation, die dem Bismarck-Reich, das bald allein stand, nie vergönnt war.

Wir sind daran interessiert, daß die Sowjetunion ihre Truppen — zur Zeit noch über 350 000 Mann — wie vereinbart, spätestens bis 1994, von deutschem Boden abzieht. Dieser Abzug trägt wesentlich zur Entmilitarisierung der Ost-West-Beziehungen bei, die nicht nur uns, sondern allen Europäern zugute kommt. Wir Deutsche zahlen dafür 13 Milliarden DM und vermindern — im Vorgriff auf diesen Abzug — die deutschen Truppen auf 370 000 Mann. Das ist wenig mehr als die Hälfte des vorherigen Bestandes von Bundeswehr und NVA.

Wir begrüßen es, daß der Oberste Sowjet den Zwei-plus-vier-Vertrag, den großen Partnerschaftsvertrag und den Vertrag über die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit ratifiziert hat. Den Vertrag über den Truppenabzug hat der Oberste Sowjet grundsätzlich gebilligt.

Weil dies zu Spekulationen geführt hat, sage ich: Wir werden diesen Vertrag erfüllen wie die anderen Verträge auch. Zu irgendwelchen Nachbesserungen sehen wir keinerlei Anlaß.

Wir erwarten ferner, daß die Republik Polen die Erfüllung dieses Vertrages erleichtert. Auch in Polen wird man einsehen müssen, daß es Solidarität auf Dauer nur auf der Grundlage der Gegenseitigkeit geben kann.

Vierte Sonderaufgabe: Wir hatten und haben die Aufgabe, im Golfkonflikt zur Solidarität mit der UNO, unseren atlantischen Verbündeten sowie Israel beizutragen. Wir haben das nicht mit Soldaten getan — die Gründe dafür kennen Sie —, wir haben es aber durch Sachleistungen und finanzielle Beiträge

getan. Dafür haben wir 17 Milliarden DM aufwenden müssen. Nun, nach dem Sieg der Alliierten, im Auftrag der Vereinten Nationen, geht es dort um eine stabile Ordnung des Friedens und um den Wiederaufbau.

Der Wiederaufbau Kuwaits und des Irak wird vor allem eine Sache der reichen Golfländer sein, aber auch wir werden unseren Beitrag leisten. In einer Region, für die wir zur Abwehr des Aggressors und Diktators viel Geld aufgewandt haben, mit der wir aber auch seit langem wertvolle kulturelle Beziehungen unterhalten, werden wir in der Lage sein, für die Entwicklung einen positiven Beitrag zu leisten.

Zur Diskussion über den möglichen Einsatz der Bundeswehr in ähnlich gelagerten Fällen sage ich: Wir, die CDU/CSU, wollen durch eine klarstellende Grundgesetzänderung die Konsequenz aus den gemachten Erfahrungen ziehen. Deutschland, dessen Lage sich grundlegend verändert hat, muß nach Überwindung der Teilung und nach Rückgewinnung der Souveränität im Rahmen der kollektiven Sicherheitssysteme, denen dieses Deutschland angehört — das sind die UNO, die NATO und die WEU — bereit sein, seinen militärischen Beitrag zur Friedensicherung zu leisten.

Wären wir dazu nicht bereit, dann wären wir nicht bündnisfähig, zum Schaden für unser Land, zum Schaden für unsere Bundesgenossen und zum Schaden auch für die Völkergemeinschaft. Wir hoffen, daß sich die SPD, die sich seit 1959 zum Bündnis bekennt, dieser Einsicht, Herr Kollege Vogel, nicht verschließen wird.

In meiner Rede auf der Sondersitzung des Deutschen Bundestages vom 17. Januar 1991 habe ich die solidarische Haltung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur UNO, zu den USA und zu den

anderen Betroffenen so klar zum Ausdruck gebracht, daß zu Zweifeln an unserer Haltung kein Anlaß bestand. Da solche Zweifel dennoch geäußert wurden, nicht was unsere Unionsposition, aber was die gesamtdeutsche Position angeht, erlaube ich mir, auf diese Rede noch einmal hinzuweisen.

Fünfte Sonderaufgabe: Wir müssen die europäische Wirtschafts- und Währungsunion in einer Weise zustande bringen, die sich an der Geldwertstabilität der D-Mark und an der unabhängigen Stellung der Deutschen Bundesbank orientiert.

Das alles wird nicht leicht sein; denn die Ausgangslage der europäischen Partner ist sehr unterschiedlich. Die Divergenzen nehmen in letzter Zeit sogar zu. Wie groß die Unterschiede sind, zeigt das Beispiel eines europäischen Partnerlandes, dessen Nettoneuverschuldung nicht 0,8 Prozent beträgt wie bei uns vor Wiederherstellung der Einheit, sondern 10,8 Prozent — nicht 0,8 Prozent, sondern sage und schreibe 10,8 Prozent Nettoneuverschuldung!

Ebenso besorgniserregend ist die Divergenz der Inflationsraten. In einem anderen europäischen Partnerland beträgt die Geldentwertungsrates nicht 2,7 Prozent wie zur Zeit bei uns, sondern 23 Prozent.

Ich will das nicht dramatisieren. Wir müssen aber und können unsere europäischen Partner bitten, bereits vor der Vergemeinschaftung von Wirtschaft und Währung, also jetzt, und das heißt im nationalen Rahmen, zu stabilen Verhältnissen zu kommen. Das alles der künftigen Europäischen Union überlassen zu wollen, könnte deren Scheitern bedeuten. Ich teile die Auffassung des britischen Premierministers, daß gesundes Geld wichtiger ist als dasselbe Geld.

Ich meine: wenn wir alle dasselbe Geld in Europa haben werden, dann muß es eben gesundes Geld sein. Das ist eine dringend notwendige Voraussetzung. Jeder sollte vorher sein Haus in Ordnung bringen.

Eine Wirtschafts- und Währungsunion wird es nicht geben, wenn nicht auch eine Europäische Sicherheitsunion zustande kommt. Beide Felder betreffen die Kerntücke der staatlichen Souveränität. Man kann nicht das eine an Europa übertragen und das andere für sich behalten wollen. Ich freue mich, daß die Bundesregierung diesen Standpunkt mit Nachdruck vertritt. Ich möchte das ausdrücklich unterstützen, zumal wir immer dafür eingetreten sind.

Die Europäische Sicherheitsunion wird zwei Aufgaben haben. Sie wird Pfeiler der Atlantischen Allianz sein, die unentbehrlich bleibt, und zugleich sicherheitspolitische Grundlage der Politischen Union Europas. Ich hoffe, daß alle Partnerländer bereit sind, ihre Sicherheitspolitik zu europäisieren, auch Frankreich, das in dieser Frage eine Schlüsselrolle hat.

Die genannten fünf Sonderaufgaben — zusätzlich zu den normalen Staatsaufgaben — sind ein ungewöhnliches Arbeitsprogramm. Ich sage das nicht, um über unsere Arbeitsbelastung zu klagen, im Gegenteil: daß sich diese Aufgaben stellen, ist ein ungeheurer Erfolg unserer Politik und daher insgesamt erfreulich und beflügelnd. Mir geht es nur darum, ins öffentliche Bewußtsein zu rufen, daß man politische Entwicklungen und finanzielle Belastungen in diesen Sonderbereichen nicht so vorausschätzen konnte und zum Teil auch heute

noch nicht kann, wie das bei normalen Staatsausgaben möglich ist, bei denen man nach der Regel „simile, simile“ — „es war alles schon einmal da“ — einigermaßen sicher vorausschätzen kann, was zu erwarten ist.

Das finanzielle Fundament für die Wiedervereinigung Deutschlands haben wir in den Jahren 1983 bis 1989 gelegt. Wir haben in nur sieben Jahren die öffentlichen Haushalte konsolidiert und die Steuerzahler drastisch entlastet. Die Bundesausgaben stiegen in dieser Zeit im Jahresdurchschnitt um 2,5 Prozent. Dies war nur halb so viel wie der Anstieg des Bruttosozialprodukts, das im selben Zeitraum im Jahresdurchschnitt um 5,1 Prozent zunahm. Dies ist auch im internationalen Vergleich eine ganz ungewöhnliche Leistung, die es verdient, vor dem deutschen Bundestag und vor dem deutschen Volk hervorgehoben zu werden.

Die Nettoneuverschuldung des Bundes haben wir in derselben Zeit von 2,3 Prozent des Bruttosozialprodukts auf 19 Milliarden DM — das sind 0,8 Prozent des Bruttosozialprodukts — zurückgeführt. Das angemessen zu würdigen, ist ebenfalls nur im internationalen Vergleich möglich. Ich verweise auf das vorher von mir dazu in die Debatte eingeführte Beispiel.

Unsere große Steuerreform hat die Steuerzahler um 50 Milliarden DM netto entlastet. Die Steuerquote betrug 1990 22,5 Prozent. So niedrig war sie seit 30 Jahren nicht mehr. Auch das ist im internationalen Vergleich Spitze. Unser besonderer Dank dafür gilt dem Bundeskanzler Helmut Kohl und seinen beiden Finanzministern Gerhard Stoltenberg und Theo Waigel.

Für 1991 lautet angesichts der zusätzlichen Belastung in einigen der fünf Son-

derbereiche die Alternative aber nicht mehr: Steuererhöhung ja oder nein? sondern: Steuererhöhung oder Nettoneuverschuldung über die Grenze von 70 Milliarden DM hinaus?

Das zweite wäre im Hinblick auf die Geldpolitik der Bundesbank, auf die Geldwertstabilität der D-Mark und die Auswirkungen auf die internationalen Finanzmärkte nicht verantwortbar gewesen. Deshalb haben wir uns zu einer begrenzten Steuererhöhung entschlossen. Neben Verbrauchsteuererhöhungen, insbesondere der Mineralölsteuer, geht es um einen auf ein Jahr befristeten, nämlich von Mitte 1991 bis Mitte 1992 geltenden Solidarzuschlag zur Einkommen-, Lohn- und Körperschaftsteuer.

Dieser Zuschlag wird auf zwei Haushaltsjahre verteilt, so daß die Belastung je Jahr in 1991 und 1992 nur 3,75 Prozent beträgt.

Einige zweifeln an der Einhaltung der Befristung, dazu sage ich: Daß diese Befristung eingehalten wird, liegt nicht nur im Interesse der Steuerzahler, sondern auch im Interesse des Fiskus, denn die Fortsetzung des wirtschaftlichen Aufschwungs in Westdeutschland und ein sich anbahnender Aufschwung in den neuen Bundesländern lassen mehr Steuereinnahmen erwarten, als sie aus Steuererhöhungen hervorgehen können.

1991 leistet der Bund an Hilfen für die neuen Bundesländer insgesamt 93 Milliarden DM. Davon sollen 57 Milliarden DM für Investitionen verwendet werden. Das haben wir zustande gebracht, nachdem die politische Einheit noch keine sechs Monate hergestellt ist, eine erstaunliche Leistung, finde ich.

Das ist ein gewaltiger Betrag. Wir könnten ihn heute nicht aufbringen, wenn wir nicht durch die Haushaltskonsolidierung der Jahre 1983 bis 1989 und die massive Steuersenkung um 50 Milliarden DM in den Jahren 1986, 1988 und 1989 dafür die Voraussetzungen geschaffen hätten.

Wir, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion — das möchte ich unterstreichen —, sind weiterhin auf den wirtschaftlichen Aufschwung und nicht auf Steuererhöhungen eingestellt. Darin unterscheiden wir uns grundsätzlich von der SPD.

Wir haben nicht vergessen, daß die SPD in ihrer Regierungszeit die Verbrauchssteuern sage und schreibe 17mal erhöht und in den letzten Jahren 48 Steuer- und Abgabenerhöhungspläne präsentiert hat. Dazu gehört auch der Vorschlag einer Mineralölsteuererhöhung um 50 Pfennig, also doppelt so viel, wie wir es beschlossen haben.

Gestern hat Ihr Debattenredner Lafontaine darauf hingewiesen, daß entgegen der üblichen Rollenverteilung zwischen Regierung und Opposition die SPD lange vor der CDU/CSU Steuererhöhungen vorgeschlagen habe. Das ist zutreffend, aber in meiner Sicht kein Pluspunkt.

Ich sehe darin mangelnden Respekt vor dem Portemonnaie des Bürgers und außerdem eine Fehleinschätzung im Hinblick auf die Vorteile von Steuererhöhungen für das Gemeinwohl. Wir glauben mehr an die Kraft der Bürger, die den Wohlstand schafft, und nicht an Steuererhöhungen, die Sie nachher verteilen können.

Sie, meine Damen und Herren von der SPD, sind die klassische Steuererhöhungspartei. Jeder weiß es:

Es gibt keine Partei in Deutschland, die dem kleinen Mann so unverfroren in die Tasche greift, wie Sie es getan haben und wieder tun wollen.

Auch wir können in besonderen Situationen Steuererhöhungen nicht ausschließen. Unsere Grundtendenz zielt jedoch, wie unsere Steuerpolitik seit Anbeginn und auch jetzt beweist, in die entgegengesetzte Richtung.

Wir werden Ihnen das nicht ersparen. Zum Zeitpunkt der von uns vorgeschlagenen begrenzten Steuererhöhung läßt sich rückblickend sagen: Natürlich hätte man schon 1990 eine Steuererhöhung sozusagen auf Vorrat ankündigen oder gar beschließen können.

Ich halte diesen Gedanken allerdings für absurd. Wir jedenfalls erhöhen Steuern nur, wenn zweifelsfrei nachgewiesen ist, daß es dazu keine Alternative gibt.

Im übrigen: Wie hätten wir damals das Volumen für eine Steuererhöhung bemessen sollen? Weder die Aufwendungen für den späteren Golf-Krieg noch die Lasten, die durch den Zusammenbruch des RGW-Systems für die Exportwirtschaft in den neuen Bundesländern entstehen, waren 1990 abschätzbar.

Für die Wirtschaftsentwicklung und die Wahrung der Haushaltsdisziplin wäre ein solcher steuerlicher Vorgriff ausgesprochen schädlich gewesen. Auch die Auseinandersetzungen mit Herrn Lafontaine und der SPD wären durch eine vorweggenommene Steuererhöhung oder ihre Ankündigung nicht verschlicht worden. Lafontaine ging es ja gar nicht um einen Steuerkonsens. Ihm ging es darum, mit Kostenargumenten gegen die Vereinigung Deutschlands Stimmung zu machen. Er wollte die Deutschen von der Wiedervereinigung abschrecken, die ihm ganz und gar zuwider war.

Abschließend: Es besteht kein Anlaß, die Inkompetenz Lafontaines und der SPD in der Deutschlandpolitik jetzt in eine Sachkompetenz für die Steuerpolitik umzufältschen.

Wer Steuererhöhungen auf Verdacht will — nur darum konnte es 1990 gehen —, der ist in der Steuerpolitik nicht kompetent, sondern inkompetent. Es wäre schädlich für die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere der neuen Bundesländer, solchen Leuten das finanzpolitische Steuerrad zu überlassen. Das werden wir verhindern.

Wir, die CDU/CSU, wollten die deutsche Einheit. Wir wollten sie immer. Wir sind glücklich, sie durchgesetzt zu haben, auch wenn das zu Finanzschwierigkeiten führt.

Wir hätten die deutsche Einheit auch dann gewollt, wenn sich diese Schwierigkeiten als größer herausgestellt hätten, als sie es sind. Denn die Wiedervereinigung Deutschlands als entscheidender Schritt zur Vereinigung Europas und die Veränderungen in der Sowjetunion, die mit diesen beiden Einheitsprozessen zusammenhängen, sind der größte Beitrag, den wir Deutschen Europa und den Europa dem Frieden der Welt leisten konnte.

Eine gesamteuropäische Friedensordnung, um die es letztlich geht, kann nicht ohne die beiden Weltmächte geschaffen werden. Im KSZE-Prozeß, an dem die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Amerika beteiligt sind, haben wir schon wesentliche Bausteine für eine gesamteuropäische Friedensordnung zusammenggefügt. Ich will den letzten Baustein nennen. Der tschechoslowakische Staatspräsident Václav Havel hat

vor kurzem das Sekretariat der KSZE in Prag eröffnet.

Wesentlich für eine dauerhafte europäische Friedensordnung sind zwei in sämtlichen KSZE-Dokumenten verbriefte Grundsätze: unveräußerliche Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Völker und Staaten. Erst die Verwirklichung dieser beiden Prinzipien macht freie Gesellschaften in freien Staaten möglich, die innerlich befriedet sind. Entscheidend ist die Verwirklichung dieser Grundsätze, nicht das Papier, auf dem sie stehen. Sie müssen immer neu durchgesetzt werden. In den letzten beiden Jahren haben diese Grundsätze den friedlichen Wandel in Ost- und Ostmitteleuropa ermöglicht. Dafür danken wir unseren Verbündeten, insbesondere den Vereinigten Staaten von Amerika. Dafür danken wir auch der Sowjetunion und den Reformkräften in Osteuropa.

Nun steht diese Politik im Baltikum zur Bewährung — und nicht nur dort. In dieser außergewöhnlichen Lage, in der über die Zukunft des europäischen Reformprozesses entschieden wird, wende ich mich an die sowjetische Führung und an die Führungen der baltischen Republiken mit der Bitte, gemeinsam dafür Sorge zu tragen, daß die Früchte der im letzten Jahr feierlich verkündeten Charta von Paris nicht im Baltikum durch Relikte des unseligen Hitler-Stalin-Paktes verdorben werden.

Das heißt — ich bitte genau auf die Wortwahl zu achten —: Das Selbstbestimmungsrecht der baltischen Völker muß gewahrt, und das Interesse der Sowjetunion an einer kooperativen Lösung muß berücksichtigt werden.

Welche Seite auch immer einen vernünftigen Kompromiß ablehnt: Sie läuft

Ab 15. März ist Deutschland souverän

Zur Hinterlegung der Ratifikationsurkunden der deutsch-sowjetischen Verträge in Bonn und Moskau erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl-Heinz Hornhues:

Der 15. März 1991 wird als weiteres historisches Datum in die Geschichtsbücher eingehen. Mit der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden des 2+4-Abkommens über die vollständige

Wiederherstellung der Souveränität des vereinigten Deutschlands in Bonn und Moskau ist Deutschland endgültig souverän, nachdem die Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien und Frankreich das Abkommen bereits im Herbst vergangenen Jahres ratifiziert und die Urkunden in Bonn hinterlegt hatten. Damit ist endgültig ein Schlußstrich unter den 2. Weltkrieg gezogen.

Gefahr, dadurch das Ganze, das für beide Seiten notwendig und nützlich ist, zum Scheitern zu bringen.

Lassen Sie mich noch einen weiteren Gedanken hinzufügen. Auf der Grundlage der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechts der Völker und Staaten wird, so hoffen wir, eine Friedensordnung für Europa entstehen, an der beide Weltmächte beteiligt sind, die Sowjetunion im Osten und die Vereinigten Staaten im Westen und die politische Union Europas von Polen bis Portugal in der Mitte. Ein so vereinigtes Europa, das alle Völker und Staaten umfaßt, die nach ihrem kulturellen und historischen Selbstverständnis zum Abendland gehören, könnte und sollte zur friedenserhaltenden Mitte zwischen den Weltmächten werden.

Herr Bundeskanzler, wir fordern Sie und Ihre Regierung auf, Ihre so außerordentlich erfolgreiche Einheits- und Freiheitspolitik für Deutschland und Europa fortzusetzen.

Wir, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, werden Sie dabei auch in Zukunft unterstützen, verlässlich und wirksam. ■

Junge Union solidarisch

Einem gemeinsamen Vorschlag des JU-Bundesgeschäftsführers, Axel Wallrabenstein, und des Generalsekretärs der CDU Thüringen, Claudius Schlumberger, zur Finanzierung der Arbeit der Jungen Union in den fünf neuen Ländern folgen die JU-Landesverbände der alten Bundesländer und die CDU-Landesverbände der neuen Bundesländer.

Mit einem Solidarpaket von rund 140.000 DM wird die Möglichkeit geschaffen, in jedem der fünf neuen Landesverbände mindestens eine hauptamtliche Arbeitskraft beim Aufbau der Jungen Union zu beschäftigen. Bereits in seiner letzten Sitzung hatte der Bundesvorstand der Jungen Union 35.000 DM aus dem Haushalt des Bundesverbandes für das Solidaritätsprojekt zur Verfügung gestellt.

Axel Wallrabenstein bezeichnete den finanziellen Zuschuß von Bundesverband und den westdeutschen Landesverbänden der Jungen Union für die Freundinnen und Freunde in den neuen Bundesländern als einen notwendigen Akt der Solidarität. ■

Lafontaine – der große Schwarzmalerei mit den kleinen Perspektiven

Herr Lafontaine, Sie sind hier genauso aufgetreten, wie wir es von Ihnen erwartet haben: Als der große Schwarzmalerei mit den kleinen Perspektiven.

Die Wahrheit ist doch:

- Sie haben im letzten Jahr keine seriöse wirtschaftliche Prognose, geschweige denn Konzepte zur deutschen Einheit abgeliefert.
- Wir haben nie von Ihnen gehört, wie man die Probleme bewältigen kann.
- Ihre Kritik war nie konstruktiv, sondern rein destruktiv.

Sie haben Mäkelei und Miesmacherei betrieben, weil Sie die Wiedervereinigung nicht gewollt haben. Ihre negativen wirtschaftlichen Prognosen dienten doch nur dazu, den Menschen den Wunsch nach der Einheit schwer zu machen und zu verleiden.

Es ist schon eine eigenartige Kompetenz, diese aus Verweigerungsgründen entstandene Schwarzmalerei als kluge Voraussicht zu verkaufen.

Herr Lafontaine,

- wer wie Sie behauptet, die DDR sei, „bis die Mauer fiel, ein führendes Industrieland“ (Spiegel, 30. 8. 1990) gewesen,
 - wer wie Sie dem maroden SED-Regime noch 15 Milliarden nachschieben wollte,
 - wer wie Sie die ersten gesamtdeutschen Wahlen aus durchsichtigen Gründen so spät wie möglich wollte,
- der hat sich selbst sowohl wirtschaftspolitische Inkompetenz attestiert als auch innere Distanz zur deutschen Einheit dokumentiert.

Verzögern statt vereinigen, das war Ihre Devise! Deshalb sind Ihre heutigen Einlassungen und Ihr zur Schau gestelltes Mitgefühl völlig unglaubwürdig.

Wirtschaftspolitische Inkompetenz

Jetzt versuchen Sie sich als wirtschaftspolitischer Wunderheiler der SPD zu profilieren. Eins muß ich Ihnen zugestehen: Ihre Fähigkeit zum Realitätsverlust ist bemerkenswert:

- Sie tragen Verantwortung dafür, daß das Saarland hoffnungslos überschuldet ist.

Aus der Rede des Ersten
Parlamentarischen
Geschäftsführers der CDU/
CSU-Bundestagsfraktion,
Friedrich Bohl, in der
Haushaltsdebatte am
12. März 1991

- Sie tragen Verantwortung dafür, daß der Landesrechnungshof des Saarlandes Ihnen erneut die Verfassungswidrigkeit Ihres Landeshaushaltes bestätigt hat.
- Sie tragen Verantwortung dafür, daß das Saarland in der wirtschaftlichen Entwicklung immer weiter zurückfällt. 1990 lagen Sie mit einem Zuwachs des Brutto-sozialprodukts von nur 1,9 Prozent an letzter Stelle der alten Bundesländer und weit hinter dem Bundesdurchschnitt von 4,7 Prozent.

Sie sind der Schuldhauptling von der Saar!

Anstatt sich hier aufzuspielen, sollten Sie sich lieber wirtschaftspolitischen Rat bei kompetenteren Sozialdemokraten holen, z. B. bei Karl Schiller und Helmut Schmidt!

Keine Solidarität

Ihre wirtschaftspolitische Inkompetenz ist zu allem Übel noch gepaart mit menschlicher Kaltherzigkeit. Schon vor der Wiedervereinigung waren Sie, Herr Lafontaine, Schlußlicht in Sachen Solidarität.

● Mit gerade einmal 1,25 Mio. DM haben Sie im ersten Halbjahr 1990 als Ministerpräsident des Saarlandes unsere Landsleute unterstützt. Sie gaben gerade 10mal soviel, wie Sie jährlich Ihr Luxus-Koch in Ihrer Landesvertretung kostet! Andere Bundesländer, z. B. Hessen, stellten damals bereits 200 Millionen DM zur Verfügung.

● Genauso bei der Währungsunion. Sie haben immer wieder „Nein“ gesagt zu der Einführung der DM „zum Kurse von 1:1.“ (u. a. ZDF, 18. 10. 1990). Sie wollten die Taschen zuhalten gegenüber unseren Landsleuten.

● Sie waren der Wortführer der SPD-Ministerpräsidenten, die sich gegen eine gerechte Beteiligung der neuen Länder an der Umsatzsteuer im Zuge des Einigungsvertrages ausgesprochen haben. Und heute wollen Sie die Bundesregierung für die Folgen dieser Ihrer Haltung verantwortlich machen.

● Noch im letzten Dezember haben sich die SPD-Länder gegen eine bessere finanzielle Berücksichtigung der neuen Länder zu ihren Lasten ausgesprochen.

Wenn es Ihnen von der SPD im vergangenen Jahr ernst gewesen wäre mit Ihrer Behauptung, die Lage im Beitrittsgebiet

sei so dramatisch schlecht und die wirtschaftliche Entwicklung werde katastrophal verlaufen, dann frage ich mich, weshalb Sie dann nicht für eine bessere Finanzausstattung eingetreten sind.

Kaltherzigkeit ist das Kennzeichen Ihrer Politik. Teilung statt Teilen, das war Ihre Devise!

Die Deutschen können von Glück reden, daß die Union mit Helmut Kohl an der Spitze die deutsche Einheit in die Hand genommen hat. Erst der 10-Punkte-Plan, dann die Währungsunion, dann das entscheidende Gespräch mit Präsident Gorbatschow, der Einigungsvertrag und die Wiedervereinigung. Das war eine Meisterleistung, zu der uns alle Welt beglückwünscht hat.

Welch ein Kontrast zu Ihrem Programm der Verzögerungen. Wo ständen wir heute, wenn Sie damals das Sagen gehabt hätten?

Wäre es nach Ihnen gegangen, dann hätten wir jetzt in der Tat manches Kopfzerbrechen nicht. Aber nur deshalb, weil Sie die deutsche Einheit verspielt hätten. Statt dessen hätten wir weiterhin einen völlig unkontrollierten Übersiedlerstrom von Ost nach West. Das ist die Wahrheit über die Alternative Lafontaine.

Politische Fahrerflucht

Eines würde mich noch interessieren, Herr Lafontaine. Was ist eigentlich der Grund dafür, daß Sie hier anstelle des großen Schweigers aus Kiel auftreten? Wir erinnern uns noch genau:

● **Vor** der Bundestagswahl hatten Sie nicht den Mut, hier im Bundestag zum Nachtragshaushalt für die neuen Länder zu sprechen.

● **Nach** der Bundestagswahl hatten Sie nicht einmal den Mumm, in der SPD die Verantwortung für Ihre Destruktionspoli-

Broschüre für die Rückkehr in den Beruf

„Ich bin dabei — Zurück in den Beruf“, unter diesem Titel hat das Bundesarbeitsministerium eine neue Broschüre für Berufsrückkehrerinnen und Berufsrückkehrer veröffentlicht. Die Rückkehr in das Berufsleben nach einer längeren Erwerbspause bereitet oft große Schwierigkeiten. Über Lösungsmöglichkeiten dieser Probleme will die Broschüre informieren.

Betroffen sind vor allem Frauen, die nach einer Phase der Familienarbeit den Anschluß in der Erwerbsarbeit suchen. Die besonderen Eingliederungshilfen durch die Arbeitsämter

haben bereits in der Vergangenheit mit dazu beigetragen, Benachteiligungen der Berufsrückkehrerinnen am Arbeitsmarkt abzubauen. Vielen sind die vielfältigen Förderungsmöglichkeiten aber nicht bekannt. Diese Lücke soll von der neuen Broschüre geschlossen werden. Sie weist auf Fortbildung, Umschulung, betriebliche Einarbeitung und vieles mehr hin.

„Ich bin dabei“ gibt es kostenlos beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Postfach, W-5300 Bonn 1, Telefon (02 28) 52 71

tik zu übernehmen. Sie begingen politische Fahrerflucht und schwirrten in südliche Gefilde ab.

● **Jetzt tauchen Sie auf einmal wieder auf, blind vor Rechthaberei.**

Ich frage die SPD:

● **Ist der SPD-Ersatzvorsitzende Engholm im innerparteilichen SPD-Stammeskampf bereits abgeholfert?**

● **Oder will die SPD vermeiden, daß Engholm genau jene Reform der Unternehmensbesteuerung fordert, die von der SPD so bekämpft wird?**

● **Wer führt die SPD eigentlich?**

● **Oder hat Engholm keine Zeit hier zu reden, weil er ständig auf der Suche nach einem neuen Bundesgeschäftsführer ist?**

Diese Fragen hätten wir gerne einmal beantwortet.

Herrn Engholm, den ich von hier aus herzlich grüße, frage ich, ob er blind ist zu sehen, was hier mit ihm geschieht.

Lassen Sie sich nicht kleinkriegen, Herr Engholm!

CDU-Infofax

Aktueller Stand der CDU-Bundesgeschäftsstelle Nr. 14-15, März '91, Heute 1 Seite
Telefon (02 28) 544 288 · Telefax (02 28) 544 411

Das unehrliche Spiel der SPD

vom GdL-King und den totalen Zusammenbruch des Handels der ehemaligen DDR mit den EU-Partnern Ostdeutschland können niemand verschweigen.

Wir Deutschen stehen jetzt vor der Aufgabe, die Folgen über vierzigjähriger sozialistischer Willkürhaftigkeit zu beseitigen. Zugleich müssen wir uns auch mit den weitestgehenden Anforderungen des freien Wettbewerbs in der Welt auseinandersetzen. Dies ist ein wiederholter geistiger Aufgabenstellung des Zusammenbaus aller Kräfte.

Die SPD argumentiert unehrlich:

- Die SPD will wesentlich höhere Unternehmenssteuern beschließen.
- Die SPD will die Besteuerungen um 25 Prozent senken, obwohl sie bis zur Planung vorgesehen war, die Besteuerungen um 10 Prozent zu erhöhen.
- Die SPD hat in den zurückliegenden Jahren 48 verschiedene Vorschläge für Steuererhöhungen vorgelegt.
- Sie hat in ihrer eigenen Begründung erklärt, die indirekten Steuern um insgesamt 15 Milliarden Mark zu erhöhen. Die CDU geforderte Steuererhöhung von 40 Milliarden Mark entspricht 50 Prozent der Marktwirtschaft.
- Die SPD hat nach 12 Regierungsjahren eine Verringerung in der Höhe der Arbeitgeberbeiträge zum Sozialversicherungssystem und einen drohenden Staatsbankrott angekündigt. Die Regierung selbst hat die Verringerung der Sozialversicherungsbeiträge und den längeren Wirtschaftsaufschwung nur deswegen abgelehnt, weil über 2,5 Millionen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze und einundzwanzig Millionen Arbeitsplätze und einundzwanzig Millionen Arbeitsplätze verloren gingen.
- Die SPD behauptet, die notwendigen Maßnahmen der Bürger seien schon im letzten Jahr absehbar gewesen. Dabei ist die CDU hat immer gesagt, daß die Lohnsenkungen gescheitert sein müßten. Aber die Lohnsenkungen sind gescheitert.

Die SPD versucht, bei so schlimmen Sie will die unangenehmsten Maßnahmen vermeiden. Außerdem die Unternehmen „Besseres Unternehmen“ aufbauen. Dann aber wieder fordern und höhere Löhne. Das ist ein Spiel der SPD, die jetzt in der Lage ist, die Besteuerungen zu erhöhen, um die Löhne zu erhöhen. Die SPD will die Besteuerungen erhöhen, um die Löhne zu erhöhen. Die SPD will die Besteuerungen erhöhen, um die Löhne zu erhöhen.

Bereits ist die von der Bundesregierung vorgelegte Unternehmensbesteuerung sozial abgegrenzte, höhere Einkommen werden sozial abgegrenzt. Die Besteuerung ist ein Spiel der SPD, die jetzt in der Lage ist, die Besteuerungen zu erhöhen, um die Löhne zu erhöhen.

So hat die SPD in ihrer Steuerreform:

- 4 die Einkommensteuer
- 1 die Erbschaftsteuer
- 1 die Körperschaftsteuer
- 1 die Schenksteuer
- 1 die Grunderwerbsteuer
- 1 die Verbrauchsteuer
- 1 die Erbschaftsteuer
- 1 die Schenksteuer
- 1 die Grunderwerbsteuer

Jetzt ist unsere Solidarität gefordert!

Mit einer weiteren Ausgabe des Info-Fax-Service hat auch die CDU-Bundesgeschäftsstelle auf das unehrliche Spiel der SPD reagiert. — Wenn Sie Interesse an diesem aktuellen Informationsdienst haben, teilen Sie uns bitte Ihre Fax-Nummer mit. — Die Fax-Nummer der CDU-Bundesgeschäftsstelle: (02 28) 54 44 11.

Bundesverkehrsminister Günther Krause:

Konzept für den Verkehrsausbau

Bundesverkehrsminister Günther Krause hat am 22. Februar im Verkehrsausschuß sein Konzept zum Verkehrsausbau in dieser Legislaturperiode präsentiert. Schwerpunkte sind die Beseitigung katastrophaler Verkehrsverhältnisse in Ostdeutschland, die Entwicklung eines gesamtdeutschen Verkehrsnetzes und die Schaffung entsprechender Voraussetzungen für den Wirtschaftsstandort Deutschland mit Blick auf den EG-Binnenmarkt. Die Hälfte des Verkehrsetats 1991 in Höhe von 35,3 Milliarden Mark soll allein auf Investitionen entfallen.

Krause kündigte die Vorlage des ersten gesamtdeutschen Verkehrswegeplans bis Ende 1991 an. Er werde aufzeigen, wie sich das Verhältnis der einzelnen Verkehrsträger untereinander gestalten, wie das Verkehrswachstum bewältigt und der Kabinettsbeschluß zur Verringerung des Kohlendioxid Ausstoßes um mindestens 25 Prozent bis zum Jahre 2000 umgesetzt werden soll. Er bekräftigte die Absicht der Regierung, die Kfz-Steuer in eine Schadstoffsteuer umzuwandeln und die Abgasgrenzwerte insbesondere auch bei Lkw weiter zu verschärfen.

Der Minister setzte sich für eine Beschleunigung der Planungsverfahren für Verkehrsobjekte ein, „ohne die Rechte der Bürger zu beschneiden“. Ein sogenanntes Beschleunigungsgesetz werde vorbereitet. Die wichtigsten Verkehrsprojekte im Interesse des Zusammenwachsens Deutschlands und zur Anknüpfung der Wirtschaft in den neuen Ländern sollen nach seinen Angaben in Form von Investitionsmaßnahmegesetzen

noch in diesem Frühjahr im Bundestag eingebracht werden.

Bis Mitte April soll eine Arbeitsgruppe dem Kabinett konkrete Vorschläge unterbreiten, ob und wie weit für dringende Infrastrukturmaßnahmen auf dem Verkehrssektor eine private Finanzierung möglich ist. Krause hält „unkonventionelle Wege“ durchaus für möglich. Er stellte jedoch klar, er werde keinen Lösungen zustimmen, „die im Osten die Verkehrswegebenutzer belasten, im Westen aber nicht“.

Ein wichtiger Beitrag zur Herstellung einheitlicher Verkehrsverhältnisse in ganz Deutschland: Das Konzept der Bundesregierung für den Verkehrsausbau.

Krause setzte sich für die seit längerem geplante Strukturreform der „umweltfreundlichen“ Bahn ein, damit sie eine größere Chance für die Zukunft erhalte. Oberstes Gebot müsse sein, ihre unternehmerische Unabhängigkeit zu stärken und die Trennung von Fahrweg und Betrieb endlich zu vollziehen. Auch eine Öffnung insbesondere regionaler Schienenwege für Dritte und damit für eine Beteiligung privater Betreiber „darf nicht tabu sein“. Als Modell gilt der Airportexpress der Lufthansa.

Über elf Milliarden Mark sollen in diesem Jahr der Bundesbahn zufließen, davon rund zwei Milliarden Mark für Investitionen. Erstmals seien auch Leistungen des Bundes an das Sondervermögen Deutsche Reichsbahn mit rund

Guter Start in die Verkehrspolitik

Als guten parlamentarischen Start in die Verkehrspolitik der 12. Legislaturperiode begrüßte der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Dirk Fischer, den ersten Bericht vom Bundesminister Günther Krause vor dem Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages.

Dirk Fischer sagte dem neuen Bundesverkehrsminister die tatkräftige Unterstützung durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu. Er wies darauf hin, daß der wachsende Verkehr umweltverträglich abgewickelt werden müsse. Dieses ehrgeizige Ziel sei mit Hilfe

von moderner Technik, Verkehrsinvestitionen, organisatorischen und ordnungspolitischen Maßnahmen sowie mit neuen Ideen zu erreichen.

Die Herstellung einheitlicher Lebensverhältnisse in ganz Deutschland sei ein Verfassungsauftrag, den die Verkehrspolitik mit schnellem und unkonventionellem Handeln umsetzen müsse. Dazu trüge die Straffung der Planungs- und Genehmigungsverfahren ebenso bei wie der Einsatz privaten Kapitals bei Verkehrsinvestitionen. Ein wichtiger Beitrag sei die Sanierung und Fusion der beiden Eisenbahnen.

8,1 Milliarden Mark veranschlagt. Das Investitionsvolumen betrage hier vier Milliarden Mark.

Für die Bundesfernstraßen sind 1991 rund 8,4 Milliarden Mark, davon 6,7 Milliarden Mark für Investitionen vorgesehen. Die zweckgebundenen Mittel zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden werden um 680 Millionen Mark auf 3,28 Milliarden Mark angehoben. Für die Bundeswasserstraßen sind 2,2 Milliarden Mark veranschlagt. Bei den vorgesehenen Verkehrsprojekten „Deutsche Einheit“ geht es um neun Maßnahmen auf der Schiene, sieben im Bereich der Straße und ein Wasserstraßenvorhaben mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 50 Milliarden Mark.

Laut Minister soll geprüft werden, ob Seeverkehr und Binnenschifffahrt stärker als umweltfreundliche Alternative oder Ergänzung zu den Verkehrssystemen Schiene und Straße eingesetzt werden können. In der früheren DDR sei ein schnellerer Ausbau der Wasserstraßen

auf europäisches Niveau erforderlich. Krause nannte hierbei die Sanierung des Mittelland- und des Elbe-Havel-Kanals. Den öffentlichen Personennahverkehr will er durch ein Bündel von ordnungs-, investitions- und organisatorischen Maßnahmen zu einer wirklichen Alternative zum Auto werden lassen. In den neuen Ländern gelte es, aus den staatlich gelenkten Verkehrskombinaten leistungsfähige eigenständige Nahverkehrsgesellschaften zu bilden.

Beim Luftverkehr sieht der Minister in den alten Bundesländern den Ausbau der Flughäfen Frankfurt/Main und Stuttgart im Vordergrund. Angesichts der starken Belastung der Berliner Airports, insbesondere Berlin-Tegel, sei der Bau eines Großflughafens nötig. In den neuen Bundesländern sollen vorrangig bisher militärisch genutzte Flugplätze in eine zivile Nutzung überführt werden. Der Minister sicherte eine baldige Privatisierung der Flugsicherung auf dem Wege einer Grundgesetzänderung zu.

Junge Gruppe der CDU/CSU-Fraktion will den neuen Ländern helfen

Generalsekretär Volker Rühle, hat am 13. März in einem mehrstündigen Gespräch mit der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion über Wege einer breiten Nachwuchsförderung in der CDU und über Möglichkeiten konkreter persönlicher Unterstützung für die neuen Bundesländer diskutiert.

Die Mitglieder der Jungen Gruppe haben mit dem Generalsekretär ein Modell der Partnerschaft mit Kreisverbänden in den neuen Bundesländern vereinbart. Danach werden die jungen Bundestagsabgeordneten aus den alten Bundesländern regel-

mäßig in den sitzungsfreien Wochen in einen Partnerkreisverband in den neuen Bundesländern fahren und dort die Kommunalpolitiker und Mandatsträger der CDU in ihrer Arbeit unterstützen.

Die jungen Bundestagsabgeordneten werden zudem diese Mandatsträger in ihre Wahlkreise holen, damit sie dort praktische Erfahrungen sammeln können und in öffentlichen Veranstaltungen über die Lage in den neuen Bundesländern berichten.

Die Tatsache, daß mit 24 Bundestagsabgeordneten im Alter von 35 Jahren und jünger eine erhebliche Verbesserung gegenüber früheren Legislaturperioden erreicht worden ist, bezeichnete Rühle als große Chance für die Partei und die Fraktion, gezielt und in einem breit angelegten Programm den Generationenwechsel in der CDU zu fördern. Hier komme den jungen Abgeordneten eine entscheidende Rolle zu.

Kommission „Schutz des ungeborenen Lebens“

Die von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eingesetzte Kommission „Schutz des ungeborenen Lebens“ hat sich unter dem Vorsitz von Frau Maria Michalk konstituiert. Ihr gehören folgende Mitglieder an:

Paul Laufs MdB, stellv. Vorsitzender
Heiner Geißler MdB
Claudia Nolte MdB
Rainer Eppelmann MdB
Paul Hoffacker MdB
Norbert Geis MdB
Herbert Werner MdB
Rita Süßmuth MdB
Ursula Männle MdB
Irmgard Karwatzki MdB
Ronald Pofalla MdB

Rosemarie Priebus MdB
Gerhard Scheu MdB
Maria Eichhorn MdB
Erika Reinhard MdB
Susanne Rahardt-Vahldieck MdB

Ständige Gäste:

PStS Roswitha Verhülsdonk MdB
PStS Peter Hinze MdB
PStS Sabine Bergmann-Pohl MdB
PStS Reinhard Göhner MdB
StS Anton Pfeifer MdB

Aufgabe dieses Gremiums ist, in sorgfältiger Prüfung unter Berücksichtigung der bisherigen Vorschläge eine einheitliche Meinungsbildung herbeizuführen.

Norbert Blüm appelliert an Landräte und Oberbürgermeister in den neuen Bundesländern:

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen so rasch wie möglich ausbauen

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm hat in einem Brief die Landräte und Oberbürgermeister in den neuen Bundesländern gebeten, sich dafür einzusetzen, daß die erheblich ausgeweiteten Mittel für AB-Maßnahmen schnell in die entsprechenden Projekte umgemünzt werden. Das Schreiben an die Oberbürgermeister und Landräte hat folgenden Wortlaut:

Mit dem „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost“ stellt die Bundesregierung mehr als 20 Milliarden DM für die neuen Bundesländer zur Verfügung. Es kommt jetzt darauf an, unbürokratisch und unkompliziert Geld, Arbeit und Arbeitssuchende zusammenzuspannen.

Deshalb wende ich mich heute an Sie mit der Bitte, persönlich bei der Umsetzung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mitzuarbeiten. Berufen Sie unter Ihrer Verantwortung Ihren regionalen

ABM-Aufbaustab

an dem Gewerkschaften und Arbeitgeber, Verbände und Kirchen, Kammern und natürlich die Arbeitsverwaltung in sozialer Partnerschaft mitwirken.

Für eine effektive Arbeitsmarktpolitik ist mit 20 Milliarden DM genügend Geld da. Was wir jetzt brauchen, sind Initiativen und Initiatoren, damit die vorhandenen

Mittel in mehr Arbeit umgemünzt werden können. Nicht ideologische oder parteipolitische Konfrontationen sind jetzt gefragt, sondern Kooperation und Zusammenarbeit. Das „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost“ ist der Beweis: Zusammenarbeit ist möglich! Gewerkschaften, Arbeitgeber und Regierung haben gemeinsam ein Programm entwickelt, das über Parteigrenzen hinaus Anerkennung gefunden hat.

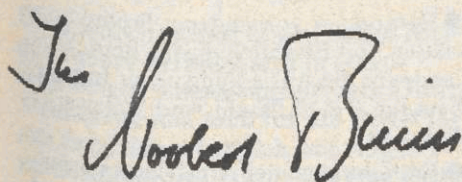
Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, auch ABM allein, können die Beschäftigungskrise nicht lösen. Sie können aber einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, den Weg in eine neue zukunftsichere Beschäftigung zu ebnet, Brücken zu bauen. Was Sie als „Brückenbauer“ konkret unternehmen können, ist in den Anlagen beschrieben.

Unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger in den neuen Bundesländern brauchen eine zupackende Gemeinschaft, die mit Mut und viel Phantasie die Instrumente der Arbeitsmarktpolitik nutzt. Entscheidungen gehören deshalb nicht auf die lange Bank. Wenn es irgendwo klemmt, wenden Sie sich bitte sofort an die Bundesanstalt für Arbeit oder auch an mich direkt. Ansprechpartner ist auch die

**ABM-Clearing-Stelle c/o ZentraV
(Zentrale Arbeitsverwaltung)
O-1130 Berlin
Gotlindestraße, Haus 41
Tel. 5509091 oder 5509491**

Wir haben jetzt keine Zeit zu verlieren.
Im Interesse der Betroffenen — jeder Tag
schneller bringt mehr Arbeit.

Mit freundlichen Grüßen



Norbert Blüm

Anlage

ABM – Wie geht's?

Wer kann ABM durchführen?

Als Träger von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen kommen vor allem Städte und Gemeinden, aber auch soziale und karitative Einrichtungen, Kirchen und selbst Vereine in Betracht.

Was kann mit ABM gemacht werden?

- Umweltmaßnahmen
- Einrichtung und Pflege von Naturschutzgebieten
- Säuberung von Gewässern und Anlage von Feuchtgebieten
- Durchführung von Bodensanierungsprogrammen
- Sicherung und Sanierung von Abfallentsorgungsanlagen
- Verbesserung der Luftreinhaltung
- Altlastensanierung

- Maßnahmen im Bereich der sozialen Infrastruktur
 - Beschäftigung in Kindergärten, Altenheimen, Pflegestationen etc.
 - Sanierung und Renovierung von Einrichtungen des Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesens
 - Verbesserung des Wohnumfeldes (z. B. Dorf- und Stadtsanierung, Bau und Sanierung von Sportanlagen)
- Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Infrastruktur
 - Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur
 - Verbesserung des Küstenschutzes
 - Erschließung von Gewerbeflächen
 - Beseitigung veralteter und nicht sanierungsfähiger Produktionsanlagen
 - Aufbau und Verbesserung der Versorgungsinfrastruktur (z. B. Strom, Wasser, Gas)
- Maßnahmen zur Schaffung und Verbesserung der touristischen Infrastruktur
 - Ausbau und Modernisierung von Campingplätzen
 - Aufbau von Kuranlagen
 - Auf- und Ausbau von Rad- und Wanderwegen
 - Instandsetzungen und Restaurierung von Denkmälern und erhaltenswerter Bausubstanz
- Maßnahmen zur Wohnungssanierung
 - Restaurierung erhaltenswerter Fassaden
 - Maßnahmen der Wärmedämmung und -isolierung

Wer entscheidet über ABM?

Antrag und Bearbeitungsstelle für die interessierten Träger sind die jeweils örtlich zuständigen Arbeitsämter. Dort besteht die Möglichkeit der Information

und Beratung für Planung und Durchführung von AB-Maßnahmen. Es werden jetzt in allen Städten und Kreisen Aufbaustäbe gebildet, die AB-Maßnahmen aufspüren und die Projekte mitkoordinieren sollen. In diesen Aufbaustäben sollen unter dem Vorsatz von Bürgermeistern und Landräten Sozialpartner, Kommunen, Wohlfahrtsverbände und Kirchen zusammenarbeiten.

Was kann mit ABM finanziert werden?

Nach dem Sonderprogramm Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen können Lohnkosten bis zu 100 Prozent und Sachkosten im Durchschnitt bis zu einem Drittel der Lohnkosten des jeweiligen Projektes bezuschußt werden. Als Sachkosten sind alle erforderlichen Werkzeuge, Maschinen, Materialien, Planungsunterlagen, Planungs- und Vorbereitungsleistungen anzusehen.

Beispiele bereits laufender AB-Maßnahmen in den neuen Bundesländern:

- Erfassung und Bereitstellung von freiem Gewerberaum, Träger: Stadtverwaltung Chemnitz
- Restaurierung denkmalswerter Bausubstanz, Träger: Stadtverwaltung Peitz
- Arbeiten an sanierungsbedürftigen Gebäuden der Gemeindeverwaltung, Träger: Gemeindeverwaltung Langennaundorf
- Pflege und Erweiterung von Grünanlagen und Spielplätzen, Träger: Stadtverwaltung Spremberg

- Landschaftsgärtnerische, bauliche und tierpflegerische Arbeiten im Zoo Halle, Träger: Zoologischer Garten Halle
- Entwicklung des örtlichen Fremdenverkehrs und Verbesserung des Ortsbildes, Träger: Gemeindeverwaltung Straußberg
- Demontage vorhandener Produktionsstätten und Erschließung als Betriebsgelände für die Ansiedlung neuer Industriebetriebe, Träger: Stahl- und Walzwerk Riesa AG.
- Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Koordinierung von ABM, Träger: Landratsamt Nordhausen
- Pflege eines Küstenschutzwaldes/ Beseitigung des Kolonnenweges der ehemaligen Grenzsicherungsanlagen, Träger: Kreisverwaltung Grevesmühlen
- Erarbeitung und Durchführung von Trainingsprogrammen für Jugendliche, Träger: Lausitzer Schützenverein
- Gesundheitsorientierte Angebote für den Breitensport, Träger: Sportclub Cottbus
- Aufbau einer Sozialstation für die Alten- und Behindertenpflege, Träger: Stadtrat Nordhausen
- Seniorenverpflegung (Essen auf Rädern), Träger: Arbeiterwohlfahrt Schmalkalden
- Erstellung eines Katasters für Altlasten, Träger: Stadtverwaltung Torgau.

Zitat

„Das Maß und die Wärme des deutsch-britischen Zusammenkommens bedeutet ein gutes Ergebnis: Europa wird stärker, wenn Deutschland, Frankreich und Großbritannien zusammenarbeiten.“

Premierminister John Major nach seinen Gesprächen mit Bundeskanzler Helmut Kohl in Bonn

Wichtige Maßnahmen für die neuen Bundesländer

Strukturelle Anpassung in der Landwirtschaft massiv unterstützt

Die Landwirtschaft in den neuen Bundesländern befindet sich in einem schwierigen Anpassungsprozeß. Dieser Strukturwandel muß für die Betroffenen so sozialverträglich wie möglich gestaltet werden. Dazu sind eine Reihe wichtiger Maßnahmen getroffen worden:

Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

Insgesamt stehen in diesem Jahr über 5,2 Milliarden DM für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zur Verfügung. Davon profitiert vor allem auch der ländliche Raum. Eine Verzahnung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mit strukturverbessernden Maßnahmen im agrarstrukturellen Bereich (z.B. mit land- und forstwirtschaftlichem Wegebau, Wiederaufforstung, Wasserwirtschaft, Dorferneuerung und Wohnungsbau) ist ausdrücklich vorgesehen.

Qualifizierungsoffensive

Eine wichtige Maßnahme, um freierwerbenden Arbeitskräften neue Chancen zu bieten, ist die Qualifizierungsoffensive. Im Durchschnitt dieses Jahres können rund 330 000 Arbeitnehmer an Maßnahmen der beruflichen Qualifizierung und Umschulung teilnehmen.

Übernahme von Schulden

Altschulden für Maßnahmen, die einer LPG administrativ aufgezwungen worden sind, können unter bestimmten Voraussetzungen von der Treuhand übernommen werden. Vorgesehen ist ein Volumen

von 1,4 Milliarden DM. Anträge müssen bis zum 31. März 1991 bei der Treuhand Berlin eingereicht werden. Eine wichtige Voraussetzung: Ein Sanierungs- und Entwicklungsplan muß vorgelegt werden.

Bürgschaft für Investitionskredite

Zur Absicherung von Investitionskrediten, die nach der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ zinsverbilligt werden, kann eine staatliche Bürgschaft übernommen werden. Dafür stehen 1991 rund 1,25 Milliarden DM zur Verfügung.

Anpassungshilfen

Als Anpassungshilfen und Überbrückungshilfen werden 1991 weitere 1,2 Milliarden DM zur Verfügung gestellt. Das Bundeslandwirtschaftsministerium bemüht sich zur Zeit mit Nachdruck darum, daß ein Teil des Geldes bereits im April ausgezahlt werden kann. Damit könnte der Liquiditätsengpaß im ersten Halbjahr 1991 überbrückt werden.

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“

Seit 1. Januar 1991 sind die neuen Bundesländer in die Gemeinschaftsaufgabe miteinbezogen worden. Damit können Maßnahmen wie Dorferneuerung, Flurbereinigung, Wegebau, Küstenschutz, wasserwirtschaftliche und kulturbautechnische sowie forstwirtschaftliche Maßnahmen durch Bund und Länder auch in

Ostdeutschland gefördert werden. Beispielsweise werden im Rahmen der Dorf-erneuerung, kulturbautechnischer Maß-nahmen und des Wegebbaus bis zu 80 Pro-zent der Aufwendungen übernommen. Damit die Arbeit beginnen kann, kommt es jetzt darauf an, schnell konkrete Anträge für konkrete Projekte vorzule-gen.

In der Gemeinschaftsaufgabe werden außerdem gefördert:

- die Wiedereinrichtung bäuerlicher Familienbetriebe sowie die Umstrukturierung der landwirtschaftlichen Großbetriebe;
- die Umstellung auf umweltfreundliche Energieträger.

Brüsseler Finanzmittel

Ab Mitte 1991 stehen den neuen Bundes-ländern auch die ersten EG-Finanzmittel zur Verfügung: 1991 bis 1993 6,18 Milli-arden DM. Davon entfallen rund 1,2 Mil-liarden DM auf den Agrarbereich. Dar-über hinaus profitieren freigesetzte land-

wirtschaftliche Arbeitnehmer auch von den 1,8 Milliarden DM aus dem Europäi-schen Sozialfonds.

Verbesserte soziale Sicherung

Der Anpassungsprozeß der Landwirt-schaft in den neuen Bundesländern wird sozial flankiert:

- Vorruhestandsgeld mit 70 Prozent des durchschnittlichen Nettolohns, minde-stens aber 500 DM im Monat.
- Altersübergangsgeld für Arbeitnehmer und LPG-Mitglieder ab dem 57. Lebens-jahr. Die Leistungshöhe beträgt 65 Pro-zent des letzten durchschnittlichen Netto-arbeitsentgelts.
- Anpassungshilfe für die 50- bis 57jähri-gen landwirtschaftlichen Arbeitnehmer, die vorübergehend aus dem Erwerbsle-ben ausscheiden. Nach der Verabschie-dung des Bundeshaushalts wird dieser Personenkreis zusätzlich 120 Mark pro Monat erhalten können — eine für viele Menschen wichtige Verbesserung ihrer Lebenssituation.

Kein Geld für Jugendweihe

Zu den Bemühungen der „Interessenvereinigung Jugendweihe“ um Fördergelder aus dem Bundesministerium für Frauen und Jugend stellte die frauen- und jungendpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Claudia Nolte, fest:

Die Jugendweihe, deren Ursprünge in die Mitte des letzten Jahrhunderts zurückreichen, diente schon immer als eine Art „Gegenkonfirmation“. Im Rahmen der Jugendweihe verlangte der SED-Staat auch das Gelöbnis auf „die große und edle Sache des Sozialismus“.

Wenn nun, nachdem der ehemalige „Zentrale Ausschuß für die Jugendweihe“ seine Arbeit eingestellt hat, eine „Interessenvereinigung Jugendweihe“ weiterhin diese sogenannte bindungsfreie Lebensvorbereitungsveranstaltung organisieren will, dann muß man das tolerieren. Wir wenden uns aber entschieden dagegen, daß die „Interessenvereinigung Jugendweihe“ jetzt mit staatlichen Mitteln aus dem Frauen- und Jugendministerium gefördert werden will. Die Finanzierung sozialistischen Gedankenguts ist nicht Aufgabe des Staates. Diese Zeiten sind Gott sei Dank vorbei!

10-Punkte-Programm für ein umweltverträgliches Auto

in einem umweltgerechten Verkehrssystem

Bundesumweltminister Klaus Töpfer hat ein umfassendes Handlungsprogramm vorgelegt, mit dem er ein umweltverträgliches Auto in einem umweltgerechten Verkehrssystem durchsetzen will:

1. Deutschland wird in den kommenden Jahren zunehmend ein Verkehrstransitland aufgrund der Öffnung der osteuropäischen Länder und des EG-Binnenmarktes. Hinzu kommt ein wachsendes Mobilitätsbedürfnis im vereinten Deutschland. Dies läßt sich u. a. aus den Vergleichszahlen von 1988 zwischen der ehemaligen DDR und der alten Bundesrepublik erkennen.

- ▶ **Ehemalige DDR:**
226 Pkw auf 1.000 Einwohner
- ▶ **Bundesrepublik:**
469 Pkw auf 1.000 Einwohner
- ▶ **Lkw-Anteil am Güterverkehr**
ehemalige DDR: 20,8 Prozent
- ▶ **Lkw-Anteil am Güterverkehr**
Bundesrepublik: 56,5 Prozent
- ▶ **Prognose 2000**
für Gesamtdeutschland: 61 Prozent

2. Abgasvorschriften für Pkw und Lkw müssen drastisch verschärft werden.

Pkw: Der EG-Umweltrat hat am 20. Dezember letzten Jahres Grenzwerte

festgelegt, die den Drei-Wege-Katalysator erfordern. 1996 muß eine zweite Stufe folgen, die eine weitere Halbierung des Kohlenwasserstoff- und Stickoxidausstoßes bei benzingetriebenen Motoren und eine Halbierung des Staubpartikel ausstoßes für Dieselmotoren durchsetzt.

Lkw: Fortschritte in zwei Stufen erforderlich, Abgasgrenzwerte im März auf Tagesordnung des Umweltrates.
 NO_x: 1993 9 g/kWh, 1996 7 g/kWh
 (heute in der EG 15,8 g/kWh)
 Partikel: 1993 0,4 g/kWh, 1996 0,15 g/kWh (heute in der EG kein Partikelgrenzwert).

3. Kraftstoffe müssen entscheidend verbessert werden

- Schwefelgehalt in Diesel: Von 0,2 Gewichtsprozent auf 0,05 Prozent.
- Benzolgehalt im Benzin: Von fünf Prozent auf ein Prozent.
- Die dioxinerzeugenden Kraftstoffzusätze wie Scavanger müssen aus dem verbleiten Benzin verbannt werden.

4. Intensive Forschungs-, Entwicklungs- und Anwendungsprogramme für neue Treibstoffe bzw. Beimischung zu traditionellen Treibstoffen, z. B. solarerzeugter Wasserstoffe, Ethanol, Methanol.

5. Gaspendelung

- Der kleine Kohlekanister verhindert die Tankentlüftung ins Freie und ist

durch Beschluß des EG-Umweltrates vom Dezember 1990 jetzt verbindlich.

- Für Verdunstungsemissionen beim Betanken von Fahrzeugen wird durch Verordnung Gasrückführung vorgeschrieben.

6. CO₂-Begrenzung

Durchsetzung der Reduzierung des Benzinverbrauchs von 1993 bis 2005. Ziel: Mittlerer Kraftstoffverbrauch von 5 l/100 km im Jahre 2005. Ein entsprechendes Konzept wurde vom Bundesumweltminister und Bundesverkehrsminister bei der EG eingebracht.

Einführung einer CO₂-Komponente mit starker Spreizung bei der geplanten emissionsbezogenen Kfz-Steuer.

7. Lärm

Festlegung von Lärmemissionswerten für Lkw durch die EG, die den für Nachtfahrten in Österreich geforderten Werten entsprechen.

8. Entsorgung

Industrie und Handel sind aufgefordert, Rücknahmesysteme außerhalb der öffentlichen Abfallentsorgung aufzubauen und zu betreiben. Sollte die Wirtschaft in Kürze keine geeigneten Vorschläge unterbreiten, wird Bundesumweltminister Töpfer deren Rücknahme im Verordnungswege festschreiben.

9. Strukturmaßnahmen

Vorlage einer Verordnung nach § 40 Abs. 2 Bundesimmissionsschutzgesetz, in der Konzentrationswerte für Schadstoffe in der Luft als Grundlage für verkehrslenkende Maßnahmen der Straßenverkehrsbehörden festgelegt werden.

10. Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene

Umweltprognose 2000

Auf der Basis der eingeleiteten Maßnahmen wird sich trotz Zunahme des Verkehrs eine deutliche Minderung der Schadstoffemissionen aus dem Verkehr ergeben. So hat das Institut für Energie- und Umweltforschung (IFEU), Heidelberg, für den Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit kürzlich eine Prognose der Schadstoffemissionen erstellt, die für den gesamten Verkehr in Gesamtdeutschland bei einer Zunahme der Verkehrsleistung um 26 Prozent von 1988 bis 2000 folgende Minderung der Schadstoffemissionen prognostiziert:

- ▶ **Stickoxide NO_x:**
Minderung um 29 Prozent
- ▶ **Schwefeloxid SO₂:**
Minderung um 69 Prozent
- ▶ **Kohlenwasserstoffe HC:**
Minderung um 59 Prozent
- ▶ **Kohlenmonoxid CO:**
Minderung um 60 Prozent

Diese Zahlen bezeichnet Bundesumweltminister Töpfer zwar als beeindruckend, doch reiche ihm die Minderung bei den für die Waldschäden und den Sommer-smog mitverantwortlichen Stickoxide nicht aus. Auch komme die gleiche Untersuchung zu der Aussage, daß in Gesamtdeutschland in den Jahren von 1988 bis 2000 die verkehrsbedingten Emissionen des Treibhausgases Kohlendioxid um 26 Prozent anstiegen, obwohl eine fahrzeugspezifische Emissionsminderung bzw. Kraftstoffverbrauchsminde- rung um 15 Prozent unterstellt wird. Dies sei für Töpfer ein Alarmsignal, daß alle Verantwortlichen zu einer umweltorientierten Weichenstellung im Verkehr veranlassen müsse.

Manfred Kanther: SPD und Grüne schon jetzt auf dem Rückzug

Nach Ansicht des zukünftigen CDU-Fraktionschefs im hessischen Landtag, **Manfred Kanther**, befindet sich der designierte Ministerpräsident Eichel schon vier Wochen vor seinem Amtsantritt auf dem Rückzug und versuche, sich von seinen eigenen Wahlkampfversprechen zu verabschieden. Zugleich qualifizierte Kanther die **Übereinkunft der neuen Mehrheit als zutiefst unseriös ab, weil das Papier zwar Beschimpfungen des politischen Gegners, aber keine ernstzunehmende Finanzbetrachtung beinhalte.**

Als Beispiele für Eichels Rückzug von den eigenen Versprechungen nannte Kanther:

● **Vor der Wahl** hat Herr Eichel 160.000 neue Wohnungen versprochen, davon 40.000 Sozialwohnungen.

In der Koalitionsvereinbarung kommt die Zahl 160.000 nicht mehr vor, „möglichst 40.000“ sollen gebaut werden, wobei Bund, Kommunen und Investoren schon jetzt für ein mögliches Scheitern Eichels verantwortlich gemacht werden sollen.

● **Vor der Wahl** hat die SPD 3.000 Lehrer zur zusätzlich „echten Unterrichtsverbesserung“ versprochen.

In der Koalitionsvereinbarung wird aber offengelassen, ob in dieser Zahl Neueinstellungen wegen der Arbeitszeitverkürzung enthalten sind oder nicht. Auch im Blick auf die zugesagten Koordinationsstunden für die Gesamtschulen (400 Stellen) wird dazu keine Aussage getroffen.

● **Vor der Wahl** hat Herr Eichel einen Rechtsanspruch jeden Kindes zwischen drei und sechs Jahren auf einen Kindergartenplatz versprochen.

In der Koalitionsvereinbarung wird es zu einem „vorrangigen Ziel“ erklärt, die Voraussetzungen für ein „quantitativ und qualitativ bedarfsgerechtes flächendeckendes Angebot an Kindergartenbetreuung für alle Kinder“ zu erreichen.

● **Vor der Wahl** hat die SPD ein 150-Millionen-Programm zur Schaffung von mehr Altenpflegeplätzen versprochen.

In der Koalitionsvereinbarung schrumpft dies auf ein „Investitionsprogramm zur räumlichen Verbesserung der Bedingungen in den Altenpflegeeinrichtungen“.

● **Vor der Wahl** versprach Herr Eichel nach diversen Zeitungsberichten den Weiterbau der A 49 über Bischhausen hinaus.

In der Koalitionsvereinbarung dagegen wird festgelegt, daß die A 49 genau in Bischhausen endet.

● **Vor der Wahl** versprach die SPD ein 100-Millionen-Energiesparprogramm.

In der Koalitionsvereinbarung reduziert sich dies auf eine Energieagentur, die „sinnvolle Maßnahmen fördern und vorantreiben soll“.

● **Vor der Wahl** versprach die SPD die Aufstockung des Dorferneuerungsprogramms auf 100 Mill. Mark.

In der Koalitionsvereinbarung heißt es nur noch, dieses Programm solle schrittweise aufgestockt werden.

Auf wichtigen Feldern der Landespolitik hielt der zukünftige Fraktionsvorsitzende der CDU den Koalitionsparteien „Zukunftsfeindlichkeit“ vor. Aus ideologischen Gründen heraus seien Maßnahmen beschlossen worden, die sich ein wirtschafts- und dienstleistungsorientiertes Land wie Hessen nicht leisten könne.

Landesparteitag in Bad Oldesloe

Ottfried Hennig Spitzenkandidat für die Landtagswahl 1992

Ottfried Hennig bleibt Landesvorsitzender der CDU Schleswig-Holstein. Beim 44. Landesparteitag am 16. März 1991 in Bad Oldesloe erreichte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium 88 Prozent der Delegiertenstimmen. Damit führt Ottfried Hennig die CDU Schleswig-Holstein in die Landtagswahl 1992.

Nach einem einstimmigen Vorschlag des Landesvorstandes wird Hennig auch Spitzenkandidat der CDU und damit Herausforderer des designierten SPD-Bundesvorsitzenden Björn Engholm.

Abrechnung mit Engholm

Vor den Delegierten des Landesparteitages rechnete Hennig scharf mit der Politik der Kieler Engholm-Regierung ab, die sich vor allem in Nichtstun erschöpft. Die CDU Schleswig-Holstein, die nach der schweren Wahniederlage von 1988 bei der Bundestagswahl mit 43,5 Prozent aller Stimmen zum erstenmal wieder stärkste politische Kraft geworden war und der SPD mit 37,5 Prozent eine verheerende Niederlage beibrachte, sei wieder — so Hennig — ein ganz normaler lebendiger Landesverband der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.

Hennig forderte die CDU zu einer intellektuellen Auseinandersetzung mit der SPD Schleswig-Holstein auf, die sich nach wie vor dem demokratischen Sozialismus verbunden wisse.

Von herausragender Bedeutung sei für die Zukunft Schleswig-Holsteins eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur. Der Landesparteitag verabschiedete nahezu einstimmig einen Leitantrag des Landesvorstandes, in dem sich die CDU für eine feste Elbquerung westlich von Hamburg, für die Elektrifizierung der wichtigsten Bahnstrecken und für den Bau eines Ersatzflughafens für Hamburg-Fuhlsbüttel in Kaltenkirchen ausspricht.

Dieser Antrag, der von einer Parteikommission unter Leitung des Fraktionsvorsitzenden im schleswig-holsteinischen Landtag, Klaus Kribben, erarbeitet wurde, macht deutlich, daß die Union die richtigen Antworten auf die Zukunftsfragen Schleswig-Holsteins gibt. Die SPD, sagte Hennig, sei nicht in der Lage, diese Antworten zu geben. Die Landesregierung stehe vielmehr für eine Politik des radikalen Sowohl-Als-auch.

Aggression darf sich nicht auszahlen

„Eine neue Friedensordnung im Nahen Osten — Chancen und Perspektiven“ lautete das Thema einer Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises am 18. März 1991 im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn.

Der Golfkrieg hat nach Meinung des außenpolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl

Landesparteitag in Vegesack

Die CDU muß sich weiter öffnen

„Eine Volkspartei wie die CDU braucht eine Diskussionskultur. Kritische Meinungen müssen nicht nur angehört und ertragen, sondern auch ernstgenommen werden“ — diese Worte von Heiner Geißler könnten stellvertretend für den gesamten Ablauf des jüngsten außerordentlichen und außergewöhnlichen Landesparteitages am 16. März in Bremen stehen.

Die Delegierten und vor allem die vielen jungen Gäste, die sich unter dem Motto „Junge Menschen und Politik — eine Herausforderung für die Parteien“ im Bürgerhaus Vegesack zusammengefunden hatten, dankten den nachdenklichen Worten des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit viel Beifall.

Immer wieder im Mittelpunkt stand die Frage nach der Glaubwürdigkeit der Politik. „Die Hälfte der Jugendlichen hält es für unwahrscheinlich, daß Politiker Pro-

bleme lösen können“, mahnte der Landesvorsitzende und Parlamentarische Staatssekretär Bernd Neumann zur Eröffnung des Parteitages. Nur sieben Prozent der CDU-Mitglieder seien bundesweit unter 30 Jahre. Das Ziel müsse es sein, diesen Anteil, der in Bremen elf Prozent beträgt, zu erhöhen.

Der Parteitag setzte sich anschließend in zwei Foren mit den kritischen Fragen „Leben wir heute auf Kosten von morgen?“ am Beispiel des Umweltschutzes und „Uns geht es gut — Was ist mit den anderen?“ am Beispiel der Entwicklungshilfe auseinander.

Zufrieden über den Verlauf der Diskussion zeigte sich Jens Eckhoff, JU-Landesvorsitzender und Leiter der abschließenden Podiumsdiskussion. Das Ziel des Landesparteitages sei es vor allem gewesen, Fragen aufzuwerfen, kritisch mit sich selbst zuzugehen und nicht nur nach oberflächlichen Antworten zu suchen, die vielleicht keine endgültigen seien. ■

Lamers, die Notwendigkeit einer funktionierenden Abschreckung deutlich gemacht. Aggression darf sich in keinem Fall auszahlen. Lamers sprach sich auch für den Einsatz von deutschen Streitkräften unter UNO-Mandat, aber auch innerhalb einer multinationalen europäischen Struktur aus. Die angestrebte gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird unglaubwürdig, wenn sie nicht auch Aktionen europäischer Streitkräfte möglich macht, die von UNO-Beschlüssen unabhängig sein sollten.

Dr. Andreas Rieck vom Deutschen Orient-Institut in Hamburg zeigte in seinem ausführlichen Referat trotz einer Vielzahl von innen- und zwischenstaatlichen Problemen Wege aus der Krise im Nahen Osten. Die westlichen Ängste vor dem wachsenden islamischen Fundamentalismus bezeichnete er als übertrieben. Er plädierte für eine stärkere Unterstützung der arabischen Länder, um dort die Lebensverhältnisse nachhaltig zu verbessern und so religiösem Fanatismus den Nährboden zu entziehen.

BUNDESKANZLER
DR. HELMUT KOHL

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Steuererhöhungen sind nie eine populäre Entscheidung. Aber ich bin unpopulären Entscheidungen nie aus dem Weg gegangen, wenn sie notwendig waren. Wir haben eine erfolgreiche Politik für Deutschland verwirklicht.

Jeder weiß: Wir stehen heute national und international vor gewaltigen Herausforderungen. Es war für uns selbstverständlich, den Kampf der Völkergemeinschaft für Freiheit, Recht und Frieden am Golf zu unterstützen. Hierfür haben wir einen Solidaritätsbeitrag von über 15 Milliarden DM geleistet. Diese Mittel fehlen uns jetzt beim Aufbau in den neuen Bundesländern.

Hinzu kam der fast vollständige Zusammenbruch der Exportmärkte im Osten Europas – vor allem in der Sowjetunion. Dadurch gehen sehr viele Aufträge für die Betriebe in den neuen Bundesländern verloren. Das wurde in diesem Ausmaß von niemandem erwartet.

Alle diese zusätzlichen Belastungen waren in diesem Umfang nicht vorhersehbar. Ohne sie hätte es keine Steuererhöhungen geben müssen.

So standen wir vor der schwierigen Entscheidung zwischen einer höheren Staatsverschuldung oder größeren Staatseinnahmen durch die Erhöhung von Steuern. Wir haben uns gegen steigende Schulden und für die Stabilität unserer D-Mark entschieden. Einen anderen Weg hätte ich nicht verantworten können.

Diese Steuererhöhungen sind sozial ausgewogen und vertretbar. Der Solidaritätszuschlag bei der Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer ist auf die Zeit vom 1. Juli 1991 bis 30. Juni 1992 begrenzt. Diesen Belastungen stehen jedoch die Lohn- und Einkommensverbesserungen für 1991 und 1992 und höhere Leistungen für Familien mit Kindern im nächsten Jahr gegenüber.

Mein Ziel bleibt: gleiche Lebensverhältnisse und eine gesunde Wirtschaft in ganz Deutschland. So sichern wir neue Arbeitsplätze und steigende Einkommen für alle.

Mit freundlichen Grüßen
H
L. Kohl

Tatsache

ist:

Anfang dieses Jahres kamen große, unvorhersehbare Belastungen auf uns Deutsche zu.

Es war für uns selbstverständlich, den Kampf der Völkergemeinschaft für Freiheit, Recht und Frieden am Golf zu unterstützen. Hierfür haben wir einen Solidaritätsbeitrag von über 15 Milliarden DM geleistet.

Unvorhersehbar war auch der fast vollständige Zusammenbruch der Absatzmärkte im Osten Europas. Dadurch gehen sehr viele Aufträge für die Betriebe in den neuen Bundesländern verloren.

Ohne die in diesem Umfang unvorhersehbaren zusätzlichen finanziellen Belastungen hätte es keine Steuererhöhungen geben müssen. So aber standen wir vor der Entscheidung: entweder höhere Staatsschulden oder höhere Steuern. Höhere Staatsschulden hätten die Stabilität der D-Mark gefährdet. Deshalb waren in dieser Situation nur höhere Steuern verantwortbar.

Die Steuererhöhung ist unser aller Beitrag für Deutschland, für eine neue europäische Ordnung des Friedens mit immer weniger Waffen und für die Geltung des Völkerrechts und der Menschenrechte in der Golfregion.

Der Solidaritätszuschlag bei der Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer ist auf die Zeit vom 1. Juli 1991 bis 30. Juni 1992 begrenzt.

Diesen Belastungen stehen gegenüber: Einkommensverbesserungen für die Jahre 1991

und 1992 sowie ab nächstem Jahr höhere staatliche Leistungen für Familien mit Kindern. Für Pendler gibt es eine höhere Kilometer-Pauschale.

Der sozial ausgewogene Solidaritätsbeitrag ist eine Investition in eine gute Zukunft.

Jede Mark, die jetzt zum Aufbau der neuen Bundesländer verwendet wird, kommt uns allen zugute. Denn der Aufschwung dort wird in ganz Deutschland für neue Arbeitsplätze und steigende Einkommen sorgen.

Und so wird sich die Mehrbelastung für eine Familie mit zwei Kindern auswirken:

Bruttomonatsverdienst - DM -	2.000	3.500	5.000	10.000
1. Solidaritätszuschlag ab 01.07.1991	0,10	18,20	42,50	148,10
2. Anhebung Mineralöl- steuer, Versicherungs- steuer, Tabaksteuer und Telefongebühren (durchschnittlich)	29,50	44,30	44,30	62,40
3. Anhebung Sozialab- gaben ab 01.04.1991	15,00	26,30	37,50	48,80
durchschnittliche monatliche Mehrbelastung	44,60	88,80	124,30	259,30

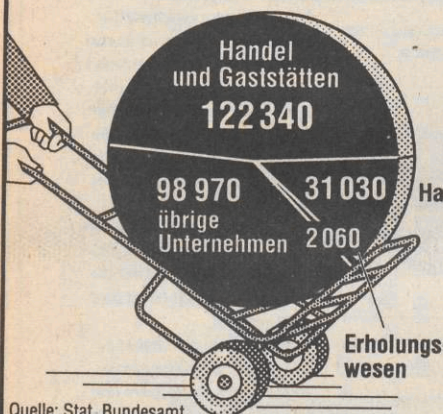
CDU

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

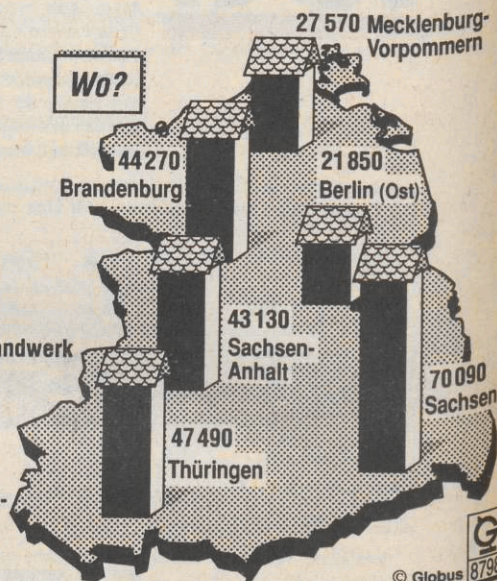
Unternehmungsgeist in den neuen Bundesländern

Unternehmensgründungen 1990 (Saldo aus Gewerbeanzeigen und -abmeldungen) insgesamt: 254 400

Was?



Wo?



Daß der Übergang von der sozialistischen Kommandowirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft ohne Probleme vonstatten gehen würde, hat wohl niemand geglaubt. Doch erst nach und nach werden die Altlasten von 40 Jahren Mißwirtschaft in ihrem ganzen Ausmaß sichtbar. Es gibt aber auch eine Reihe von Lichtblicken, die belegen, daß der wirtschaftliche Aufschwung allmählich beginnt.

UID

10/91

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. Vertrieb: Telefon (02 28) 544-421. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lütjhe. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung: VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.